



Volkstribun, salutierender Verehrer: Sieg aus Tränen und Schlägen

LUMUMBA

Der heiße Ziegelstein

(siehe Titelbild)

Brüllend und bittend, drohend und beschwichtigend reist der schlaksige, ziegenbockbärtige Neger durch die Provinzen seines ruinierten Reiches. Durch Savannen und Urwälder, mit Flugzeug und Auto, in elegantem Europäer-Dreß oder einer Häuptlingstracht, in der er den Amerikanern wie ein dunkelhäutiger, bebrillter Davy Crockett* vorkommt. Patrice Emery Lumumba, der Welt jüngster und umstrittenster Ministerpräsident, geistert durch die Kraterlandschaft der kongolesischen Unabhängigkeit, nur ein Ziel vor Augen: die Einheit der Vier-Wochen-Republik am Kongo zu erhalten.

Wo immer er auftaucht, weicht das Chaos für einen kurzen Augenblick. Die Marodeure lassen von ihren Plünderungen ab, die Ausgeraubten richten sich auf, und das Tam-Tam der Urwaldtrommeln bejubelt den kraushaarigen

Messias, der sich als einziger fähig dünkt, 14 Millionen politischer Analphabeten zu disziplinieren.

Wenn er freilich seinen schwarzen Brüdern wieder den Rücken kehrt, dann ergreifen erneut die lokalen Götter von den Negerseelen Besitz. Denn in der jungen Kongo-Republik, nach 75 Jahren belgischer Herrschaft zur Freiheit verurteilt, reicht die Autorität Lumumbas nicht weiter als der Schall seiner Stimme.

Ihn — halb Scharlatan, halb Missionar — vermag jedoch nichts zu entmutigen. Gleichmütig läßt er sich von belgischen Kolonialisten-Fäusten ins Gesicht schlagen, schweigend hört er zu, wenn man ihn — die schlimmste Beleidigung für einen Kongolesen — einen „Macaque“ („Affen“) nennt.

Ungestraft darf ihn der separatistische Innenminister der abgefallenen Provinz Katanga an der Landung hindern und ihm vom Kontrollturm des Flugplatzes aus nachrufen, „dieser Kerl“ habe schon genug Menschenleben auf dem Gewissen. Und ohnmächtig sieht er sich dem neckischen Spiel seines belgischen Piloten ausgeliefert, der in der vorletzten Woche den Ministerpräsidenten auf dessen Grashüpfer-Tour von Stadt zu Stadt just immer dort hinflieg, wo ihn mit Sicherheit belgische Bajonette erwarteten.

Klagte Lumumba in einem seltenen Augenblick der Entmutigung: „Ich spreche mit Tränen in den Augen. Ich habe seit zehn Tagen nicht mehr geschlafen und gegessen.“

Angesichts seiner Machtlosigkeit bleibt dem Premier der Kongo-Republik nur die Waffe der Deklamation. Täglich produziert Lumumba ein Mindestsoll von Ultimaten an Freund und Feind, stündlich pulvert er sich mit oft grotesken Drohungen auf — allzeit bereit, im kongolesischen Staatsinteresse „mit dem Teufel, nicht aber mit den Belgiern zu pak-tieren“.

Die Politik der Ultimaten ist dem Mann, der die Uno-Truppen ins Land rief und deren Operationen durch Drohungen mit einer Sowjet-Intervention beschleunigte, derart zur zweiten Natur geworden, daß er kürzlich prahlen konnte: „Ich bin der erste Mensch, der den Vereinten Nationen ein Ultimatum gestellt hat.“

In solchem donquichottischen Treiben drückt sich die Entschlossenheit Patrice Emery Lumumbas aus, jene Einheit der Kongo-Republik zu retten, die erschüttert ist, seit die Meuterer der kongolesischen Ordnungstruppe „Force publique“ sechs Tage nach der Unabhängigkeitserklärung der ehemals belgischen Kolonie — am 6. Juli — den bisher größten Urwaldbrand des politischen Afrika entfacht haben.

Die Auflösungserscheinungen in dem von Hungersnot, Rassenmord und Seuche bedrohten Kongostaat sind offenkundig:

- ▷ Die reiche Uran- und Kupferprovinz Katanga erkennt nicht mehr die Autorität der Zentralregierung Lumumbas an,
- ▷ die Führer der Provinzen Kasai und Kivu spielen ebenfalls mit dem Gedanken, an die Stelle des kongolesischen Einheitsstaates eine lose Föderation fast autonomer Provinzen zu setzen, und auch
- ▷ das ehemals belgisch verwaltete UN-Mandatsgebiet Ruanda-Urundi will dem Beispiel Katangas folgen.

„Der Kongostaat fällt auseinander“, erklärte ein Beamter des britischen Generalkonsulats in Léopoldville. „Der Kongostaat ist zur Stunde ein Körper ohne Kopf. Alles ist zerstört. Alles ist Chaos.“ Und in der „New York Times“ malte bereits der britische Afrika-Romancier Stuart Cloete schwarzseherisch die möglichen Folgen der kongolesischen Desintegration aus:

„Nicht einmal alle Pferde des Königs und alle Männer des Königs werden das Kongogebiet zusammenflicken können. Die Leoparden- und Krokodilmenschen werden wiederkommen, der Kannibalismus kehrt zurück, und das große Kongo-becken versinkt neuerlich in Schlaf.“

Derartige Formulierungen knüpfen bewußt oder unbewußt an die zynische Kolonialisten-Prophetie an, wonach der fast Indien-große Kongostaat auseinanderfallen werde, sobald ihn die Faust des belgischen Kolonialherrn nicht mehr zusammenhalte. „Ob der Kongo jemals als eine politische Einheit fortleben könnte, war immer zweifelhaft“, erinnerte sich jüngst der britische „Daily Telegraph“.

Die einzige Hoffnung, die dem Lumumba in dieser nahezu trostlosen Situation geblieben ist, präsentierte sich am Donnerstag letzter Woche auf dem Flug-

* Berühmter amerikanischer Pionier (1786 bis 1836).

platz von Léopoldville: Uno-Generalsekretär Dag Hammarskjöld landete dort, um „die größte Einzelaktion“ in Angriff zu nehmen, „die jemals unter der Flagge der Vereinten Nationen veranstaltet, von den Vereinten Nationen organisiert und geleitet worden ist“.

Der Stolz, der in Hammarskjölds Worten widerklang, war nicht unberechtigt. Zum erstenmal in der Weltgeschichte ist eine Institution, in der beinahe die ganze Menschheit repräsentiert ist, berufen worden, einem ganzen Staat Ruhe und Ordnung wiederzugeben. So deutlich hat sich noch niemals zuvor das Fernziel der Uno als einer Art Weltregierung abgezeichnet.

Vergleichbar mit dem Uno-Einsatz im Kongo ist nur die Uno-Aktion des Jahres 1956, durch die der damalige ägyptisch-israelische Krieg beendet wurde. Die Uno formierte damals aus Truppenverbänden neutraler Länder wie Jugoslawien und Schweden eine Art Weltpolizei — eine Einrichtung, um die bis dahin in den Uno-Gremien in unendlichen Debatten hoffnungslos gerungen worden war. Die tödliche Gefahr eines dritten Weltkriegs machte indes die Etablierung jener Uno-Verfügungstruppe unerlässlich.

Die Uno-Aktion im Kongo, auch sie ihrerseits durch die Gefahr eines Weltkonflikts beschworen, ist aber mehr als ein Weltpolizei-Einsatz. Wirklicher Verwaltungschef des Kongos ist heute Ralph Bunche, amerikanischer Neger von Herkunft, US-Diplomat der Karriere nach und heute Uno-Funktionär von Beruf und aus Leidenschaft. Unter der dürftigen Bezeichnung „Technische Administration“ versuchen seine Helfer, Wirtschaft, Verwaltung und Ordnungsdienste des Kongos aufrechtzuerhalten. Hinter der löcherigen Fassade der kongolesischen Regierung zeichnet sich ein diskretes Uno-Management ab.

Wahrscheinlich wird es so bald nicht abgelöst werden — vornehmlich aus einem Grund: Lumumbas Interessen sind, trotz mancher seiner Bock- und Seitensprünge, unverkennbar mit denen der Uno identisch.

Der Uno-Einsatz im Kongo geht rechtlich auf einen Appell Lumumbas an die Vereinten Nationen zurück. Lumumba war zu diesem Appell als Regierungschef des ungeteilten Kongo-Staates legitimiert, der durch den Freundschaftsvertrag zwischen dem Kongo und Belgien zustande gekommen war. Dieser Unabhängigkeitsvertrag ist heute das einzige Recht, das es im Gebiet der ehemaligen belgischen Kolonie Kongo gibt und mithin auch die einzig denkbare Rechtsbasis für den Uno-Einsatz. Das aber bedeutet, daß die Uno ihren Auftrag rechtmäßig nur auf den gesamten Kongo beziehen kann und es schwer haben dürfte, wollte sie etwa das separatistische Katanga aus ihrer Tätigkeit ausklammern.

Zweifelloos ist dies zunächst einmal nicht viel mehr als eine Prinzipien-erklärung, noch dazu eine, die weder Hammarskjöld noch Bunche bisher klar ausgesprochen hat. Indes, sollte die Uno von dem Recht abweichen, das sie zum Einsatz im gesamten Kongo verpflichtet, so könnten die Folgen bedrohlich sein. Ohne Zweifel würden die Sowjets jede Maßnahme, die einer Anerkennung oder auch nur Duldung des Katanga-Separatismus gleichkäme, als

eine Machenschaft der Westmächte zugunsten der „belgischen Imperialisten“ anprangern. Die Uno würde in den Geruch eines Instruments des „westlichen Imperialismus“ geraten.

In dieser Perspektive liegen die Gründe dafür, daß die Uno sich mit Lumumbas Einheitsstreben identifizieren muß, und liegt umgekehrt der Grund dafür, daß Lumumba seine Hoffnung auf die Uno setzt.

Die Uno ist freilich damit im Kongo auf ein höchst umstrittenes Ziel fixiert. Tatsächlich ist kein afrikanisches Verwaltungsgebiet wahlloser zusammengeschustert worden als der heutige Kongo-Staat mit seinen 500 Negerstämmen und 200 Idiomen ohne allgemein verbreitete Verkehrssprache, ein Sammelsurium von



Staatschef Kasavubu
Im Kongobecken ein neuer Schlaf

Gebieten, die stets auseinanderstreben, weil sie das Lineal kolonialer Grenzzieher aus ihren natürlichen Zusammenhängen herausgestrichen hatte.

Nur die harte Zucht der belgischen Kolonialverwaltung konnte lange Zeit vergessen machen, daß Belgisch-Kongo nicht eine Kolonie war, sondern eine Union von sechs oder — rechnet man das Mandatsgebiet Ruanda-Urundi hinzu — sieben Kolonien. In den Provinzen lebte kein Staatsvolk, das etwa den Verlust seines gemeinsamen Vaterlandes beklagte, wohl aber ein Gemengel von Negerstämmen, die wie eh und je gegeneinander auf Kriegspfad zogen.

Ethnographisch und auch wirtschaftlich gehören die Teilgebiete des Kongostaates eher benachbarten Räumen an, so etwa

▷ tendiert der Untere Kongo zu Portugiesisch-Angola und Französisch-Kongo,

▷ verbinden historische Beziehungen Ruanda-Urundi mit den britisch verwalteten Gebieten Uganda und Tanganjika,

▷ ähnelt die kongolesische Provinz Kivu dem Hochland Kenias, und

▷ bildet die Provinz Katanga eine natürliche Fortsetzung des nordrhodesischen Kupfergürtels.

Bis zum Spätsommer vergangenen Jahres, als Brüssel eine neue Kolonialpolitik beschloß, hatte jedoch die belgische Kolonialverwaltung alle separatistischen Bestrebungen in den Kongo-Provinzen rigoros unterdrückt.

Der stellvertretende Generalgouverneur Schoeller vereitelte drei Versuche der schwarzen Führer Katangas, das Uran- und Kupferdorado vom Kongogebiet loszutrennen. Schoeller, nach der Gründung der unabhängigen Kongo-Republik zum belgischen Konsularattaché in Katanga ernannt, war denn auch der einzige Belgier, der sich nach der Abspaltung Katangas mit Separations-Boß Tshombé überwarf und das Land verließ.

Ebenso hartnäckig verfolgten die Belgier die Bestrebungen des heutigen Staatschefs Kasavubu, der an der Mündung des Kongostroms einen Separatstaat gründen wollte. Die belgischen Behörden nahmen sogar Anstoß daran, daß Kasavubu nach den ersten kongolesischen Kommunalwahlen zu seinen Ehren Salven abschießen ließ und, auf einem Leopardenfell sitzend, seine Kohorten mit einem Schwert empfang, das einem Kongo-König des 15. Jahrhunderts gehört hatte.

Kasavubu, von seinen Anhängern „König“ genannt, will nämlich jenes Kongoreich (unter Einschuß beträchtlicher Gebiete Französisch-Kongos und Portugiesisch-Angolas) wiederherstellen, das im ausgehenden Mittelalter zu den mächtigsten Staaten des dunklen Kontinents zählte und diplomatische Vertretungen an den Höfen Europas unterhalten hat.

Im Januar 1959 schlugen die Anhänger Kasavubus los, um sich von der belgischen Vormundschaft zu befreien und den Kongoreich-Träumen ihres Anführers eine Gasse zu bahnen. In der Regierungsmetropole Léopoldville brachen blutige Straßenkämpfe aus; erst durch den Einsatz großer Truppeneinheiten konnte Belgiens Generalgouverneur den Aufstand ersticken. Kasavubu und seine Unterführer verschwanden hinter den Mauern belgischer Gefängnisse.

Die Ironie der Geschichte aber wollte, daß just dieser Aufstand zu einem Wendepunkt der belgischen Kolonialpolitik wurde: Die bitteren Feinde des kongolesischen Separatismus verwandelten sich gleichsam über Nacht in dessen wärmste Freunde.

Aus Furcht vor einem drohenden Kolonialkrieg und ohne Rücksicht auf den Bildungsstand der Kongolesen ließen die Belgier, wie ein belgischer Redakteur formulierte, ihre Kolonie „wie einen heißen Ziegelstein fallen“.

Seit dem Sommer 1959 war der belgische Staat entschlossen, sich aus dem Kongogebiet zurückzuziehen, freilich auf eine Art, die das gewaltige wirtschaftliche Imperium belgischer Staatskonzerne und Mammutfirmen nicht antastete. An der Brüsseler Börse tauchte

eine verführerische Parole auf: „Wir gehen, um zu bleiben.“

Das belgische Industrie- und Rohstoffimperium ließ sich jedoch nur sichern, wenn es gelang, die an Kapital und Steuern interessierten lokalen Machthaber des Kongogebiets für Belgien zu gewinnen. Die Brüsseler Kapitalisten sahen richtig voraus, daß keine schwarze Zentralregierung die Macht der belgischen Monopole unbeschnitten lassen würde. Die Provinzen dagegen würden kaum bereit sein, ihre Einnahmen aus belgischen Unternehmen an die Zentrale abzuführen.

Auf diesen natürlichen Egoismus der Provinzen baute der neue belgische Plan. Brüssel forderte deshalb, die künftige Kongo-Republik müsse möglichst föderalistisch gegliedert sein — mit anderen Worten: den örtlichen Potentaten weitgehende Befugnisse zugestehen.

In diese Pläne aber polterte nun ein Mann hinein, der keineswegs bereit war, die verschleierte Herrschaft des belgischen Staatskapitalismus im Kongogebiet zu dulden: der Nationalistenführer und Brauerei-Direktor Patrice Emery Lumumba.

Die Bereitschaft Belgiens, seiner 75-jährigen Kolonie die politische Unabhängigkeit zu gewähren, mußte dem Bauernsohn Lumumba als die Verwirklichung eines Traumes erscheinen, dem er die besten Jahre seines Lebens gewidmet hatte. Zweimal in den Kerker geworfen, von belgischen Gefängniswärttern geschlagen, der Unterschlagung angeklagt und von den Rivalen in seiner eigenen Partei kommunistischer Neigungen verdächtigt, stand Lumumba seit zwei Jahren an der Spitze der kongolesischen Freiheitsbewegung.

1925 am Rande Sankurus in der kongolesischen Provinz Kasai geboren, hatte er zunächst den Weg aller „Evoluierten“, wie man die hauchdünne Schicht der kongolesischen Intelligenz nennt, genommen. Er besuchte protestantische und katholische Missionsschulen, die ihm Mittelschulbildung vermittelten, las sich als Autodidakt durch Handbücher hindurch und bewarb sich schließlich um eine Anstellung beim Postscheckamt in der nordkongolesischen Stadt Stanleyville.

Seine politische Leidenschaft, die sich schon früh von einem antibelgischen Ressentiment nährte, offenbarte sich erstmalig, als Lumumba in Stanleyville eine Art Partei gründete: den „Freundschaftskreis der (afrikanischen) Liberalen“. Lumumba gebärdete sich antiklerikal und gewann dadurch die Sympathien des belgischen Kolonialministers Buisseret, eines Liberalen, der Lumumbas Abneigung gegen die christlichen Missionsschulen im Kongogebiet teilte.

Buisseret sorgte auch dafür, daß Lumumba dem Belgier-König Baudouin auf dessen Kongoreise 1955 vorgestellt wurde. Im Garten des Gouverneurspalastes in Stanleyville unterhielt sich der König mit dem auffallend intelligenten Postbeamten unter vier Augen. Die junge Majestät fand den Kongolesen so sympathisch, daß sich der doppelt protegierte Nationalist kurze Zeit darauf nach Belgien eingeladen sah.

Die derartig erfolgreich begonnene Politiker-Karriere erlitt jedoch eine jähe Unterbrechung. Kurz vor seiner Abreise



Lumumba-Freund Touré
Wenn ihr ein Mädchen hofiert...

nach Belgien wurde Lumumba verhaftet und der Unterschlagung von 126 000 belgischen Franc überführt. In dem Verfahren — ein Gericht verurteilte den späteren Ministerpräsidenten zu zwei Jahren Zwangsarbeit — verteidigte sich Lumumba mit der provozierenden Erklärung, er sei nur dem Beispiel der belgischen Kolonialherren gefolgt, die sich seit Jahrzehnten am kongolesischen Nationaleigentum bereicherten.

Die schwarzen Nationalisten von Stanleyville sahen den Diebstahl ihres Anführers nicht als ehrenrührig an. Sie veranstalteten eine Kollekte, deren Erlös dazu benutzt wurde, der Postbehörde die veruntreute Summe zurückzahlen und die Unterhaltskosten für Lumumbas Frau und drei Kinder zu begleichen.

Als das Gerichtsurteil abgemildert wurde, zog Lumumba in die Regierungs-



Lumumba-Freund Nkrumah
...denkt an Unabhängigkeit

hauptstadt Léopoldville, wo er bei der belgischen Brauerei Bracongo den Posten eines Verkaufsleiters übernahm. Kurz darauf schaltete er sich in das Palaver der Stammeshäuptlinge und Lokalpolitiker um die Führung der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung ein.

Das Gezeter der schwarzen Feudalisten, die — bis dahin mit den Belgiern verbündet — nur ihre traditionellen Vorrechte in die neue Zeit hinüberretten wollen, stieß jedoch Lumumba ab. Er sammelte einen Kreis sozialistisch gefärbter Intellektueller um sich und begann in den Bars der Negerstadt von Léopoldville die Schwarzen aufzuputschen.

Lumumba krakeelte: „Unabhängigkeit, wenn ihr betet, Unabhängigkeit auf euren Mauern, auf den Taxis, überall. Und wenn ihr einem Mädchen den Hof macht, dann vergißt nicht das Wort Unabhängigkeit.“

Als die belgische Kolonialverwaltung ihren schwarzen Untertanen zum erstenmal die Abhaltung beschränkter Kommunalwahlen erlaubte, sah Patrice Lumumba seine Stunde gekommen. Er berief Versammlungen kongolesischer Evoluierten ein, die einem Protestbrief Lumumbas an den belgischen Generalgouverneur zustimmten, in dem größere Freiheit für die Kongolesen gefordert wurde.

Der Protestbrief Lumumbas wurde zum Gründungsdokument der „Kongolesischen Nationalbewegung“ (Mouvement National Congolais, abgekürzt MNC), die sich am 10. Oktober 1958 konstituierte und bald den linksextremen und fortschrittlichsten Flügel der schwarzen Unabhängigkeitsbewegung bildete. Lumumba war entschlossen, sich mit Hilfe des MNC an die Spitze des Kongostaats zu hieven.

Die erste Anerkennung durch Afrika blieb denn auch nicht aus: Zwei Monate nach der MNC-Gründung wurde Parteichef Lumumba zu dem Mann eingeladen, den er stets als sein Vorbild gefeiert hatte: dem Ghana-Präsidenten Kwame Nkrumah. Ihm war es als erstem afrikanischen Politiker gelungen, sein Land aus den Fesseln der Fremdherrschaft zu lösen, ohne dabei die Sympathien der ehemaligen britischen Kolonialherren zu verlieren.

In Ghanas Hauptstadt Accra, wo sich im Dezember 1958 eine panafrikanische Konferenz versammelte, warnten die beiden Zwillingshüpter des afrikanischen Nationalismus, Nkrumah und Guineas Sekou Touré, den schlängelnden Kongolesen allerdings, die Schwierigkeiten der nationalen Unabhängigkeit zu unterschätzen; der Kongo sei für die Selbstverwaltung noch nicht reif.

Der Vortrag Nkrumahs an die Adresse seines jungen Adepten lief auf die These hinaus, dem Kongogebiet könne zur Zeit nichts Unangenehmeres widerfahren als die sofortige Gewährung voller Unabhängigkeit. Dem Kongogebiet fehlten in der Tat alle Voraussetzungen, die den Erfolg des ghanesischen Freiheits-experiments ermöglicht hatten, nämlich

- ▷ eine zentralistische Einheitspartei mit einem begeisternden Führer,
- ▷ ein machtpolitischer Unterbau durch Gewerkschaften und Genossenschaften,

▷ ein Verwaltungsapparat, der in der Lage ist, den Übergang von der feudalistischen Stammesgesellschaft („Tribalismus“) zum modernen Industriestaat zu gewährleisten.

Auch Lumumba konnte sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß der Tribalismus die größte Gefahr sei, die der kongolesischen Unabhängigkeit drohte: Die belgische Kolonialverwaltung hatte sich stets der traditionellen Stammes- einflüsse bedient, um das Land leichter beherrschen zu können; fiel indes die Klammer der weißen Herrschaft fort, so zerbrach der Staat möglicherweise in einen Haufen rivalisierender Neger- stämme.

Gerade die belgische Kolonialmacht hatte nichts unternommen, um ihre schwarzen Untertanen auf die Unab- hängigkeit vorzubereiten. 16 schwarze Akademiker und Fachschulabsolventen standen einer Masse von 14 Millionen Kongolesen gegenüber, die noch kaum begriffen hatten, was das Wort Unab- hängigkeit bedeutet. Konsequenz hatten die Belgier dem Kongo Hochschulen und Universitäten versagt, jedes politische Leben unterdrückt und damit die Kongo- lesen bewußt von allen Daseinsformen westlicher Zivilisation abgeschnitten.

Aus solchem Unvermögen folgte Lumumba, nur ein straffer Einheitsstaat und eine starke Zentralregierung könn- ten die künftige Kongo-Republik zu- sammenhalten. Zu den wichtigsten Pro- gramm punkten der Kongolesischen Na- tionalbewegung gehörte darum der un- barmherzige Kampf gegen die Stam- mestraditionen und den regionalen Se- paratismus.

Landauf, landab reiste Einheits-Apo- stel Lumumba, um den Massen einzu- schärfen, nur als einheitliches Gebilde habe das Kongogebiet überhaupt die

Chance, den Fesseln der weißen Kolo- nialherrschaft zu entwachsen. Während die anderen schwarzen Parteiführer des Kongo — „König“ Kasavubu im Westen und Katanga-Chef Tshombé im Süden — ausschließlich ihre provinziellen In- teressen verfolgten, wurde Patrice Emery Lumumba zum überlebensgro- ßen Symbol des kongolesischen Einheits- staates.

Lumumba hatte zudem erkannt, daß er selber nur auf dem Wege über den Einheitsstaat an die Macht gelangen könne. Da er in keiner Provinz fest ver- wurzelt war, konnte ihm lediglich der fanatische Appell an die kongolesische Einheit jenen Zulauf bringen, der ihn zum mächtigsten Mann in der Zentrale Léopoldville werden ließ. Lumumba war verurteilt, mit der Einheitsparole entweder zu siegen oder unterzugehen.

Diese unitarische Konzeption aber drohte nun an der föderalistischen Poli- tik des belgischen Kongo-Ministers Mau- rice Van Hemelrijck zu scheitern, der beauftragt war, die Kolonie auf ihre Un- abhängigkeit vorzubereiten.

Van Hemelrijck demonstrierte auf einer Afrikareise im März 1959, wie sehr Belgien bereit war, föderalistische Tendenzen im Kongo zu fördern. Er holte persönlich den Bakongo-Födera- listen Kasavubu und dessen Unter- führer aus dem Gefängnis und schickte die Schwarzen nach Belgien, wo sie auf Staatskosten Studienfahrten unterneh- men durften.

Lumumba durchschaute das Manöver und reagierte prompt: In Luluabourg rief er im April 1959 den ersten Kon- greß der kongolesischen Parteien zusam- men und setzte eine Resolution durch, in der sich die dort vertretenen Parteien für einen kongolesischen Einheitsstaat aussprachen. In einer weiteren Resolu- tion wurde gefordert, bis zum 1. Ja-

nuar 1961 müsse eine kongolesische Re- gierung im Amt sein.

Kurz darauf ausbrechende Unruhen — sie sollen von Belgien manipuliert worden sein — erlaubten jedoch den Kolonialbehörden, ihren schärfsten Rivalen auszuschalten. Lumumba wurde wegen Aufreizung zum Ungehorsam ins Gefängnis geworfen, während sich die Belgier beeilten, mit den übrigen Par- teiführern die Unabhängigkeit der künf- tigen Republik auszuhandeln.

Auf der Brüsseler Round-Table-Kon- ferenz, zu der im Februar dieses Jahres 81 kongolesische Politiker geladen wa- ren, zeigte sich allerdings bald, daß eine Lösung des Kongo-Problems ohne Patrice Lumumba nicht möglich war. Die Einkerkung Lumumbas hatte dem MNC-Chef eine solche Märtyrer-Rolle eingetragen, daß kein Kongoese wagte, ohne ihn in Brüssel zu verhandeln.

Lumumba wurde aus dem Gefängnis geholt, und seinen diplomatischen Kün- sten gelang es nun, die Belgier auf eine Lösung des Kongo-Problems festzulegen, die im Grunde den Absichten Brüs- sels widersprach. Im belgisch-kongoles- ischen Freundschaftsvertrag vom Fe- bruar 1960, der Gründungsurkunde des unabhängigen Kongo-Staates, bekannte sich Brüssel zum Prinzip des Einheits- staates.

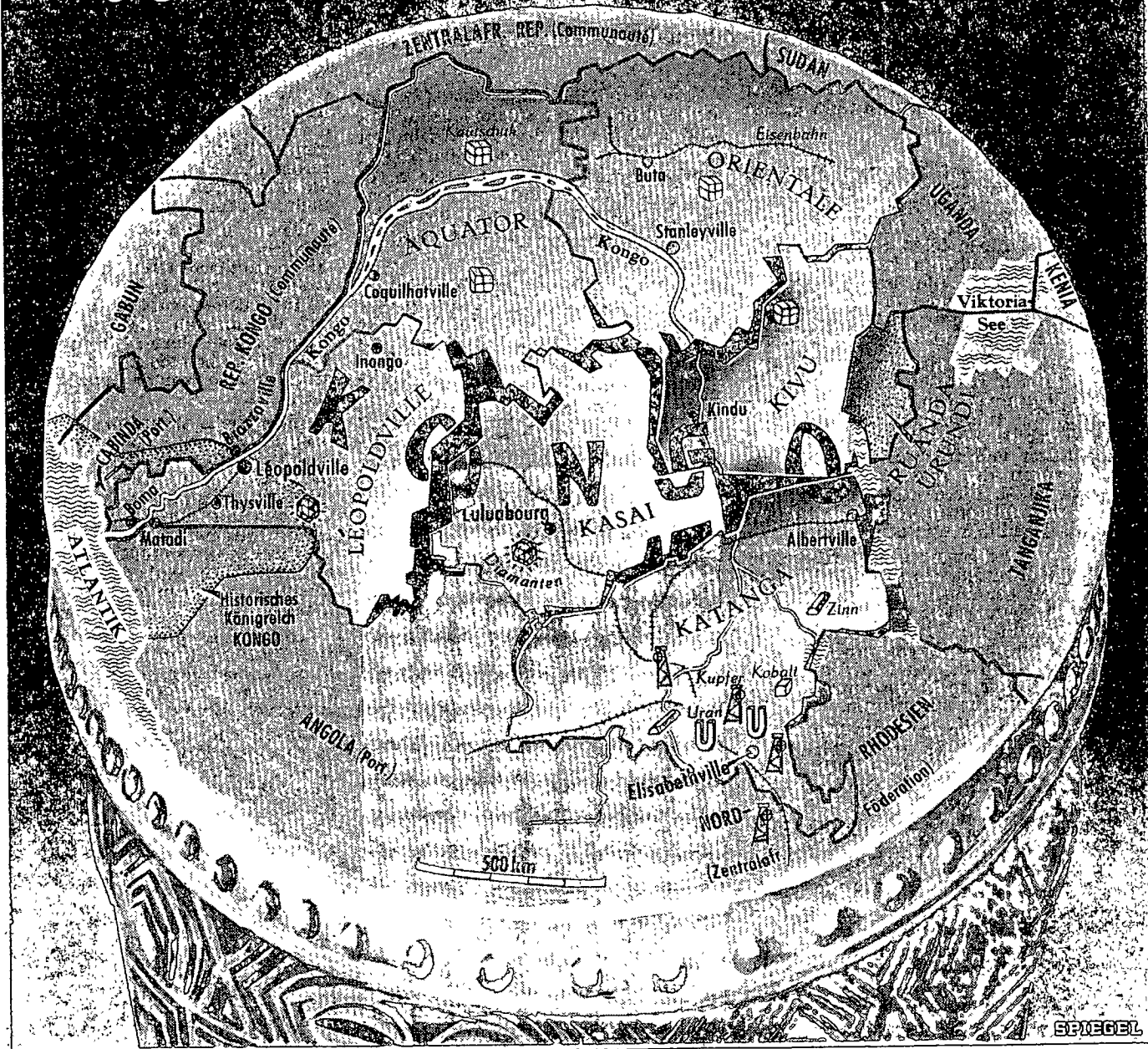
Gleichwohl setzten die belgischen Kolonialbehörden alles daran, die Wahl Lumumbas zum ersten Ministerpräsi- denten der Kongo-Republik zu hintertrei- ben. Es war offenkundig, daß die Kolo- nialbehörden Lumumbas Gegner — unter ihnen vor allem Kasavubu — während der Parlamentswahlen im Juni einseitig bevorzugten.

Die Anti-Lumumba-Fronde brach je- doch angesichts der offensichtlichen Popularität des Einheits-Apostels zu- sammen. Der Opportunist Kasavubu



Hauptquartier meuternder Kongosoldaten in Matadi: Korporal Hitler als Vorbild

SCHERBENSTAAT AM KONGO



konnte sich gerade noch rechtzeitig von den Frondeuren lösen, um sich als Staatspräsident mit Premier Lumumba die Macht zu teilen.

Der Start der kongolesischen Unabhängigkeit am 30. Juni beendete freilich nicht den unerschwellig Kampf zwischen den Belgiern und Lumumba. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich nun vielmehr auf eine gefährliche Rennbahn: Belgien und Lumumba lieferten sich einen erbitterten Kampf um die Kontrolle über jenes Machtmittel, das schließlich zum auslösenden Moment der kongolesischen Katastrophe wurde: die „Force publique“.

Belgien hatte das Wagnis der kongolesischen Unabhängigkeit nicht zuletzt deshalb unternommen, weil es der Verlässlichkeit der kolonialen, von belgischen Offizieren kommandierten Streitmacht „Force publique“ mit ihren 25 000 Mann blindlings vertraute. Der belgische Fetischglaube an die schwarze Söldner-

truppe und deren rauhbeinigen Kommandeur, General Emile Janssens, schien insofern gerechtfertigt, als die „Force publique“ unpolitisch war und in der Erinnerung an militärische Heldentaten von einem naiven martialischen Nimbus lebte.

Eben diese unpolitische Tradition verlockte auch Belgiens Gegenspieler Lumumba, die Truppe des Generals Janssens in seine Pläne einzubeziehen: Da die „Force publique“ das einzige Machtmittel im Staate war, schien sie nachgerade dazu prädestiniert, dem machtlosen Kongo-Premier Autorität zu verleihen.

Obwohl die 1891 vom Belgier-König Leopold II. gegründete Truppe schon zweimal — 1897 und 1944 — gemeutert hatte, zweifelte niemand ernstlich an der Treue ihrer schwarzen Söldner. Noch während des Léopoldviller Aufstands der Anhänger Kasavubus im Januar 1959 hatte sich die Truppe bewährt, den

Aufstand brutal niedergeschlagen und dabei 200 Afrikaner getötet.

Seitdem sahen sowohl Lumumba als auch die Belgier in der „Force publique“ ein Elitekorps, dessen sie sich für ihre freilich höchst unterschiedlichen Zwecke bedienen könnten — was sich als verhängnisvoller Irrtum erwies: In Wirklichkeit war die Disziplin der schwarzen Legionäre schon längst nicht mehr intakt.

Schon Mitte Mai wußte „Nsangó Ya Bisu“, das in der Lingala-Sprache gedruckte Blatt der kongolesischen Soldaten, von Anzeichen der Aufsässigkeit zu berichten, deren Ursache die „unzureichende Beförderung der Kongolesen“ sei. Zur gleichen Zeit druckte die kongolesische Zeitung „Emancipation“ Briefe ab, in denen sich die Legionäre beklagten, als „Sklaven der Disziplin“ von der neuen schwarzen Herrschaft vergessen worden zu sein.

Kongolesische Unteroffiziere richteten im Juni einen Protestbrief an den bel-

Der weiße Mann in Elisabethville brauchte also nicht besorgt zu sein. Daß er es trotzdem ist, geht aus winzigen Anzeichen hervor.

So sieht man mitunter in den Schaufenstern Hemden mit zweierlei Preisschildern. Auf dem einen steht: 300 Franc, auf dem anderen 4,25 Dollar. Da ein Dollar im Kongo den Wert von 49 belgischen Franc hat, erhält der Kunde mit US-Währung die Ware um fast ein Drittel billiger. Auch die Mark wird gern entgegengenommen, britische Pfund dagegen sind weniger beliebt.

Ein griechischer Gemischtwarenhändler erzählte mir, er sammle Dollar wie Briefmarken — „als Reserve“. Denn: „Ich habe meinen ganzen Besitz hier, all mein Geld steckt in meinen Waren. Verkaufen kann ich zur Zeit nichts, wer übernimmt jetzt schon meinen Laden oder mein Haus. Vielleicht muß man aber doch eines Tages fort, dann hat man wenigstens Kleingeld dabei.“

Das Eines-Tages-vielleicht-Wegmüssen spukt durch Elisabethville wie ein Gespenst. Gemeint ist der Tag, an dem sich herausstellt, daß der Staat Katanga keine internationale Anerkennung findet. „Was passiert dann?“ wollte ich von Katangas separatistischem Innenminister Munongo wissen. Er zuckte die Achseln: „Niemand weiß es. Aber ich hoffe, der Tag kommt nicht.“

An diesem Tag mußten nicht nur die — meist levantinischen — Ladenbesitzer das Land verlassen, sondern auch die in Katanga verbliebenen belgischen Verwaltungsbeamten. Etwa die Hälfte ist noch im Lande und sorgt dafür, daß die Administration reibungslos funktioniert. „Im Grunde“, sagte mir einer von ihnen, „ist unsere Zukunft auf jeden Fall ungewiß. Über kurz oder lang sollen wir durch Schwarze ersetzt werden. Selbst wenn Katanga allgemein anerkannt wird, müssen wir uns nach anderen Stellen umschauen.“

Munongos Vorstellungen: Er will weiße Spezialisten gegen Honorar engagieren, die ihm schwarze Spezialisten heranzüchten sollen. Ein belgischer Offizier beispielsweise soll in Elisabethville eine Kriegsschule gründen und aus schwarzen Soldaten Generäle machen. Sind genug vorhanden, wird er entlassen.

Inzwischen aber bleibt Katanga ein Vakuum. Ich fragte den Innenminister, im Namen welchen Volkes in Katanga Recht gesprochen werde. Telefonische Rückfrage. Nach einiger Zeit kommt die Antwort: Nicht im Namen eines Volkes, sondern im Namen des Präsidenten werde verurteilt.

Meine Gegenfrage: Welches Präsidenten? Katangas Herrscher Moïse Tshombé ist nur Ministerpräsident der Provinz.

Ich erfahre schließlich, daß die höchsten Juristen Elisabethvilles für drei Tage in Klausur gingen, um dieses schwierige Problem zu beraten. Dann fanden sie die Formel, auf der ihre Rechtsprechung sich nun gründet: Alle Gewalt geht in Katanga von einer anonymen Person aus, deren Amt nicht näher umrissen wird. Katangas Richter fällen ihre Urteile schlicht „im Namen des Präsidenten“.

gischen Generalgouverneur Cornelis: „Die kongolesischen Soldaten wünschen befördert zu werden, sie wollen besseren Sold und verlangen, daß alle Spuren der Diskriminierung in der ‚Force publique‘ verschwinden.“

Sogar an den großdeutschen Führer erinnerten sich die Korporale: „Hitler, Adolphe, war nur ein einfacher Korporal, als er die Befreiungs-Kampagne des ganzen Volkes führte. Sein Name ist verewigt bis ans Ende der Welt. Freunde, vergeßt diese Lektion nicht.“

Auch Premier und Verteidigungsminister Lumumba wurde in den Leserspalten der „Emancipation“ attackiert, weil er erklärt hatte, daß „ein gemeiner Soldat nicht ohne weiteres Armee general werden“ könne. Die Briefschreiber drohten dunkel, der Tag der Unabhängigkeit werde Überraschungen bringen, falls die „Force publique“ keine schwarzen Offiziere erhalte: „Der Kongo wird ein totales Massaker erleben, genauso wie in Algerien.“

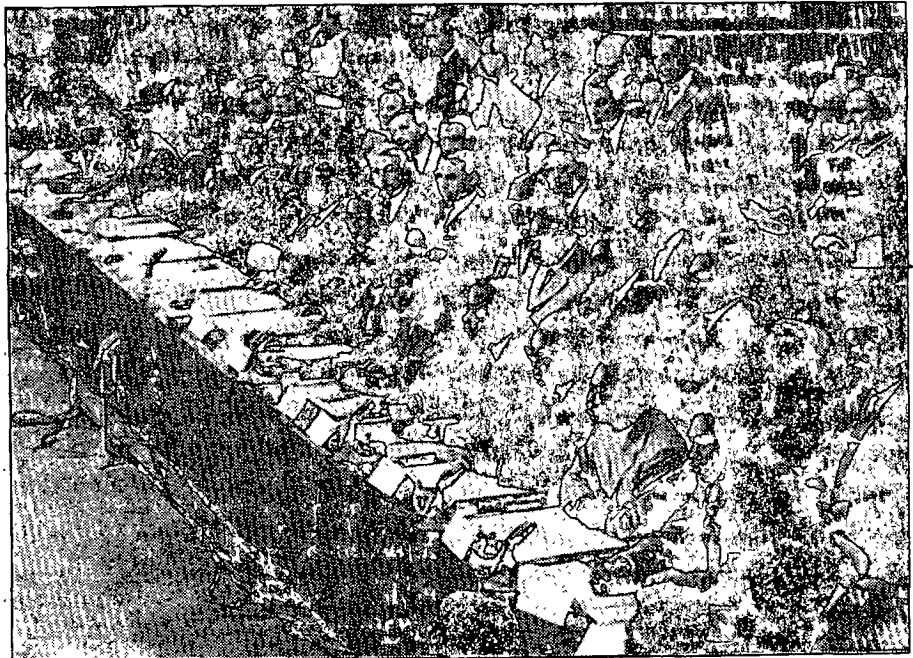
Doch Lumumba erkannte nicht die Mißstimmung in der „Force publique“, weil er nur von dem Gedanken be-

geputzten Soldaten brüllten: „Hängt Lumumba auf!“

Noch hoffte der Ministerpräsident, durch eine allgemeine Rang- und Solderhöhung die Unruhestifter besänftigen zu können, da zeigten Blitzdepechen aus allen Landesteilen, daß sich der Kongo im Aufstand befand. In Thysville, in Stanleyville, in Elisabethville, in Matadi — überall hatten Einheiten der „Force publique“ gemeutert, Häuser angezündet und Weiße überfallen.

In wenigen Tagen zerbrach die Autorität der alten und neuen Herren. Die 105 000 weißen Siedler, Ingenieure und Verwaltungsbeamten, ohnehin über die neue Kolonialpolitik Brüssels beunruhigt und empört, verloren die Nerven und strömten in großen Heeres-Säulen aus dem Hexenkessel hinaus. Die oft mangelnde Zivilcourage der Weißen erhöhte noch das Chaos.

Die zügellose Flucht der weißen Bevölkerung machte besonders deutlich, daß Lumumba mit der Meuterei der „Force publique“ das einzige Instrument verloren hatte, durch das er allein Autorität hätte ausüben können.



Brüsseler Kongo-Konferenz 1960: „Wir gehen, um zu bleiben“

herrschte wurde, das einzige Machtmittel der neuen Kongo-Republik in die Hand zu bekommen, mit dem er sich gegen die separatistischen Tendenzen durchsetzen konnte. Am Morgen des 6. Juli machte er sich darum zu einer Fahrt in die bei Léopoldville gelegene Kaserne „Léopold II.“ auf, um die Soldaten für sich zu gewinnen.

Statt sich jedoch von der Redegewalt des kongolesischen Messias gefangen nehmen zu lassen, begegneten die schwarzen Legionäre ihrem Ministerpräsidenten mit offensichtlicher Feindschaft.

In kurzer Zeit sah sich Lumumba von meuternden Soldaten umringt, die ihre Gewehre abgeschossen, mit dem Koppelzeug über belgische Offiziere herfielen und nicht einmal vor dem Führer des kongolesischen Nationalismus haltmachten. Die von Malafu-Fusel hoch-

Die Truppe zerfiel und mit ihr der sechs Tage alte Einheitsstaat am Kongo.

Kaum war die Meuterei ausgebrochen, da begannen sich die einzelnen Provinzen des Landes von der diskreditierten Zentralregierung in Léopoldville abzuwenden. Katanga machte den Anfang, jene reiche Uran- und Kupferprovinz im Süden des Reiches, ohne die eine Kongo-Republik nicht lebensfähig ist.

Katangas Abfall war offensichtlich so gut vorbereitet worden, daß Lumumba in ihm den Schlußakt einer weitverbreiteten Intrige Brüssels sehen mußte, die bezweckte, Belgiens Wirtschaftspositionen am Kongo um jeden Preis zu halten.

Katanga war stets die Schatzkammer Belgisch-Kongos gewesen, hier konzentrierte sich das belgische Wirtschaftsimperium in Afrika. Sechzehnmal so groß wie Belgien und benannt nach einem

Kein Süßspeisen-Verzicht für Diabetiker!

Abwechslungsreich soll der Speise-
zettel des Diabetikers sein. Wenn auch
auf Zucker verzichtet werden muß, so
doch nicht auf Süßspeisen, nach denen
der Diabetiker ein natürliches Ver-
langen hat. Seit Jahrzehnten hat sich
das ärztlich empfohlene SIONON®
als naturgemäßes Süßungsmittel für
Süßspeisen, Getränke und Gebäcke be-
währt. Sionon ist koch- und backfest
und wie Haushaltszucker verwendbar.
Sionon ist — ohne Anrechnung auf die
BE — ein wertvoller Kalorienspender,
so daß der Fettverbrauch eingeschränkt
werden kann.



Bei Gallen- und Leberleiden ist Sionon
ein wertvolles Diätetikum

Originalpackungen mit 100 g, 250 g, 500 g in
Apotheken, Drogerien, Reformgeschäften.
Die neue Sionon-Broschüre mit Rezept-
sammlung erhalten Sie kostenfrei von
DRUGOFA Abteilung 20, Köln, Postf. 367.



... RECHNET SCHNELLER
ALS MAN DENKT!

am Tanganjika-See ansässigen Hap-
tling namens Katanga, war die Provinz
erst spät — 1892 — der Kolonie ein-
verleibt worden. Einem Einfall des Kon-
gostaat-Gründers Leopold II. hatte das
trockene Savannengebiet zu verdanken,
daß es sich bald zu einem der reich-
sten Bergwerks- und Grundstoffindu-
strie-Länder der Erde entwickelte.

Der Belgier-König vergab große Län-
dereien der Provinz an belgische Gesell-
schaften, die Katangas Bodenschätze
ausbeuten durften und dafür die öffent-
liche Hand als Teilhaber aufnehmen
und am Gewinn beteiligen mußten. Der
belgische Staat behielt in der Regel die
Aktienmehrheit dieser Gesellschaften,
und so entstand allmählich in Katanga
das größte staatskapitalistische Reich im
kolonialen Afrika.

Beherrschende Macht in Katanga war
das 1901 gegründete „Comité spécial du
Katanga“ (CSK), das allein 45 Millionen
Hektar katangesischen Bodens ver-
waltete (Gesamtgröße Katangas: 49,7
Millionen Hektar). Das CSK vergab die
Konzessionen an belgische Firmen, vor
allem aber an die Bergwerksgesellschaft
„Union Minière du Haut-Katanga“, die
auch nach der Gründung der Kongo-
republik als die eigentliche Herrin der
Provinz gelten muß.

Dank dem industriellen Ingenium der
belgischen Unternehmen

- ▷ ist die Provinz Katanga der größte
Uranproduzent der Welt,
- ▷ steht sie in der Rangliste der inter-
nationalen Kupferproduktion an
vierter Stelle,
- ▷ kontrolliert sie 90 Prozent der Welt-
produktion an Industrie-Diamanten
und
- ▷ 80 Prozent der Kobaltproduktion.

Belgiens staatskapitalistische Unter-
nehmen in Katanga waren freilich um-
sichtig genug, ihre Herrschaft durch ein
vorbildliches Sozialsystem gegen den
schwarzen Nationalismus abzuschirmen.
Von der Hilfe bei Frühgeburten durch
moderne Brutöfen bis zu Klubräumen
und Sportplätzen für Arbeiter bietet die
„Union Minière“ ihren Leuten die besten
Arbeitsbedingungen Afrikas.

Zudem zogen die belgischen Firmen
in das menschenleere Land (gegenwär-
tige Bevölkerung: 1,5 Millionen) Ar-
beitskräfte aus allen Gegenden des
Schwarzen Kontinents. Der deutsche
Afrikareisende Sven von Müller war
„stark beeindruckt von der Energie
und Großzügigkeit, mit der diese Ge-
sellschaft (Union Minière) ... die Arbei-
terfrage zu lösen sucht“. Ein kongole-
sischer Patriotismus konnte und sollte
sich dabei nicht entwickeln.

Der kühle Egoismus der Industriear-
beiter Katangas erleichterte dann auch
den Belgiern, in der Provinz eine sepa-
ratistische Abwehrfront gegen den Ein-
heits-Apostel Lumumba aufzubauen. Da
Katanga allein 66 Prozent des kongole-
sischen Nationaleinkommens aufbringt,
lag das Argument nahe, die reiche Pro-
vinz wolle keine goldenen Eier für die
landfremden Zentralisten in Léopold-
ville legen.

Die belgischen Kapitalisten hatten ihr
Spiel gewonnen, als ihnen in dem 40-
jährigen Haptingenkel und dreifachen
Bankrotteur Moïse Kapenda
Tshombé ein Bundesgenosse erstand,
der entschlossen war, die Provinz von
der projektierten Kongo-Republik ab-



Häftling Lumumba, Wächter (1960)
Geld unterschlagen

zuspalten. Tshombé war Glücksritter
genug, das Spiel gegen den kongole-
sischen Nationalismus zu wagen.

Millionär Tshombé war erst in die
Politik gerutscht, nachdem er den Besitz
seines Vaters — Plantagen, eine Kette
von Einzelhandelsläden und ein Hotel
— durchgebracht hatte. 1957 ließ er sich
in den Provinzialrat von Katanga wäh-
len, gründete die Eingeborenen-Partei
Conakat und schrieb ihr die Eigenstaat-
lichkeit der Provinz aufs Panier.

Moïse Tshombé, von den Kongolesen
wegen seines Geschäftssinns und sei-



Katanga-Boss Tshombé
Erbe verschleudert

ner Statur „Geldschrank“ genannt, forderte schon auf der Brüsseler Konferenz im Februar, der neue Kongostaat müsse weitgehend föderalistisch organisiert werden und den Provinzen große Autonomie einräumen. Die Provinzen sollten sogar berechtigt sein, mit Belgien separate Verträge abzuschließen und ihre Finanzen selbständig zu regeln.

Zentralist Lumumba beschimpfte daraufhin Tshombé als einen „ferngeleiteten Herold der Spaltung“, dessen föderalistische Politik „verschleierter Separatismus“ sei. Konterte Tshombé: „Die Bürger Katangas zahlen zwei Drittel der kongolesischen Steuern. Es ist nur gerecht, daß andere nicht frei über diesen Kuchen verfügen.“

Dreimal versuchte „Geldschrank“ Tshombé vor der Unabhängigkeitserklärung des Kongo, die Provinz als selbständigen Staat zu etablieren. Die Belgier verhinderten die Manöver des Separatisten. Erst nach dem Ausbruch des Kongo-Chaos hatte Moïse Kapenda Tshombé freie Fahrt in die selbstgewählte Unabhängigkeit.

Kaum hatte die Meuterei der „Force publique“ auch auf die Gebiete Katangas übergegriffen, da beilegte sich Tshombé, seine Politik des „verschleierte Separatismus“ unter dem Druck der belgischen und britischen „Union Minière“-Aktionäre in reale Tatsachen zu verwandeln.

Einen Augenblick spielte er mit dem Gedanken, seine Provinz an die britische Föderation von Rhodesien und Njassaland anzuschließen. Als indes London solche Pläne vereitelte, rief Tshombé, ohne sein Parlament zu fragen, am 11. Juli die „Unabhängige Republik Katanga“ aus. Zur gleichen Stunde holte er belgische Truppen ins Land, die in wenigen Tagen die Ordnung wiederherstellten.

Damit aber war geschehen, was Patrice Lumumba in seinem abgründigen Mißtrauen gegen Belgien immer befürchtet hatte: die von Brüssel forcierte Abspaltung einer Provinz vom Kongostaat. Daß es zugleich die reichste Provinz war, die sich von der Republik losgelöst hatte, verschaffte dem Separatisten Tshombé im kongolesischen Chaos eine Stellung, gegen die der mächtige Lumumba kaum aufkommen konnte.

Tatsächlich schien denn auch der Abfall Katangas nur der Beginn des republikanischen Trauerspiels am Kongo zu sein. Separations-Chef Tshombé konnte ein paar Tage später behaupten, daß sich auch die Provinzen Kasai, Kivu und das Mandatsgebiet Ruanda-Urundi von der Zentralgewalt losrennen und mit Katanga zu einer Föderation vereinigen wollten. Belgiens Ministerpräsident Eyskens schickte bereits seinen stellvertretenden Kabinettschef zu Verhandlungen mit Katanga.

Separatist Tshombé stieß sofort offensiv nach: Er forderte das Ausland auf, die katangesische Unabhängigkeit anzuerkennen, berief die Politiker und Abgeordneten der Provinz aus den Zentralbehörden in Léopoldville ab und verhaftete jeden kongolesischen Politiker, der Katangas Boden betrat — selbst Lumumbas Außenminister Bomboko, der in die Katanga-Metropole Elisabethville geflogen war, um zwischen Lumumba und Tshombé zu vermitteln.

Tshombé ließ keine Gelegenheit vergehen, seine Unabhängigkeit zu demonstrieren. (In einem Schreiben, das er in der vergangenen Woche an den SPIEGEL richtete, strich er eigenhändig im Briefkopf „Provinz-Regierung von Katanga“ das Wort „Provinz“ aus.) Zudem konnte er nachweisen, daß in seinem Staat Ruhe und Ordnung herrschen. Belgier-Major Weber nach den Unruhen: „Ich werde Herrn Tshombé Katanga auf einem silbernen Tablett zurückreichen.“ Alle Berichte stimmen darin überein, daß Katanga eine Oase im kongolesischen Chaos ist (siehe Bericht Seite 38).

In dieser scheinbaren Todesstunde der Kongo-Republik suchte Lumumba ver-

stand, die Uno solle ihn von den Belgiern und dem belgisch-gestützten Gegenspieler Tshombé befreien.

Der Notruf Patrice Lumumbas elektrisierte nicht nur den UN-Chef Hammarskjöld, sondern auch die westlichen Großmächte, die offensichtlich befürchteten, der Zerfall des Kongostaates und die Separierung Katangas könnten in Zentralafrika — wie die „New York Times“ formulierte — „einen Bürgerkrieg provozieren und die Großmächte in eine dem Koreakrieg vergleichbare Auseinandersetzung verwickeln“.

Angesichts solcher Befürchtungen fiel es Dag Hammarskjöld nicht schwer, afrikanische und neutrale Mächte für einen Einsatz im kongolesischen Chaos zu mobilisieren. Auf seine Initiative hin beschloß der Weltsicherheitsrat, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in die Kongo-Republik zu entsenden. Wenige Tage später landeten erste Uno-Einheiten im Mündungsgebiet des Kongo-Stroms.

So lösbar sich indes auch die Aufgabe erweisen wird, die belgischen Truppen im Kongostaat durch Einheiten der Vereinten Nationen abzulösen — erst die Regelung des Katanga-Problems wird zeigen, ob die Uno in der Lage ist, Ansätze für eine tragfähige Autorität im Kongogebiet zu schaffen.

Unentwegt fordert Premier Lumumba, die Uno dürfe nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern müsse die Aufgabe ganz lösen, deretwegen er die UN-Einheiten ins Land gerufen habe: die „belgische Aggression“ zu beenden — mit anderen Worten: die Provinz Katanga für Lumumbas Kongostaat zurückzuerobern.

Lumumba begründet sein Ansinnen mit der Behauptung, die Organisation der Vereinten Nationen müsse dem Völkerrecht Geltung verschaffen. In der Tat: Machen die Uno-Einheiten an den Grenzen Katangas halt, so bricht die Weltorganisation geschriebenes Recht, nämlich den belgisch-kongolesischen Freundschaftsvertrag, in dem die Einheit und die Unverletzlichkeit der unabhängigen Kongo-Republik verbürgt sind.

Lumbumbas panafrikanische Freunde Sekou Touré und Kwame Nkrumah fordern denn auch, die Uno dürfe auf keinen Fall die „belgischen Machenschaften in Katanga“ legalisieren. Die panafrikanische Bewegung in jenen Kolonien, die noch nicht unabhängig sind, würde einen schweren Schaden davontragen, könnte Katanga ungestraft vorerzieren, wie sich eine reiche, nur an Geschäften interessierte Provinz von den ärmeren Teilen des Staates lossagt und damit den Staat selber ruiniert.

Aber auch die Uno wäre gefährdet: Würde sie vom kongolesischen Unabhängigkeitsvertrag abweichen, dann könnten die schwarzen Uno-Soldaten aus Ghana, Abessinien und Guinea in der Weltorganisation nur noch einen verlängerten Arm des westlichen Kolonialismus sehen.

Nun muß freilich auch bedacht werden, daß sich Katanga-Separatist Tshombé zumindest formaljuristisch mit dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verteidigen kann. Mag auch die aus allen afrikanischen Gegenden zusammengeworbene katangesische Nation noch so fragwürdig sein — bisher hat sich in der Provinz kein Widerstand



Uno-Befehlshaber von Horn
Weltregierung am Kongo

zweifelt durch Kaskaden geifernder Reden, ultimativer Kommuniqués, alarmierender Telegramme und theatralischer Flugreisen die Staatseinheit zu retten. Da inzwischen auch die belgischen Truppen ins Land gerückt waren und Lumumba jeglicher Autorität beraubt hatten, beschloß der Premier, Tshombé und die Belgier durch einen einzigen diplomatischen Schlag unschädlich zu machen: Lumumba rief die Uno-Truppen ins Land.

Der Kongo-Premier telegraphierte an UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, er möge durch geeignete militärische und diplomatische Maßnahmen „die belgische Aggression“ stoppen, worunter er

gegen die Politik Tshombés geregt. Die stärkste Partei des Landes, Conakat, und die Großhäuptlinge der Negerstämme sind auf die Unabhängigkeit Katangas eingeschworen.

Tshombé weiß sich auch in der internationalen Politik von manchem Freund diskret unterstützt. In der vergangenen Woche gab sich Großbritannien's Außenminister Selwyn Lloyd als Freund zu erkennen, indem er öffentlich mahnte, man dürfe in der Katanga-Frage das Selbstbestimmungsrecht nicht ganz außer acht lassen.

Angeichts solcher Fallstricke versuchen sich inzwischen die Führer der Uno-Aktion durch eine beharrliche Schweigetaktik allen Erklärungen zu entziehen. Sie sind von Hammar-skjöld angewiesen worden, jeder Festlegung in der Katanga-Frage auszuweichen.

Als Premier Lumumba den stellvertretenden UN-Generalsekretär Bunche aufforderte, er möge sofort Uno-Truppen nach Katanga beordern, erwiderte Bunche: „Wir haben keine Flugzeuge.“

Noch weigern sich freilich Lumumba und sein Gegenspieler, miteinander zu verhandeln. Ihr Feldgeschrei im Urwald-dickicht des kongolesischen Chaos vermag jedoch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Soldaten und Techniker Hammar-skjöld's längst dazu übergegangen sind, den ersten Staat unter Uno-Management aus der Taufe zu heben.

ÖSTERREICH

FLÜCHTLINGE

Geheimaktion Jugo

Die deutsche Nansen-Gesellschaft, eine um das Wohl von Ausgewiesenen und Emigrierten bemühte Organisation, hat jüngst den Ruf Österreichs lädiert, für Ostblockflüchtlinge eine Gangway in die Freiheit zu sein. Die Gesellschaft veröffentlichte nämlich den Bericht einer amerikanischen Kommission, nach dem Vorsitzenden

Den Wiener Hofräten war nun freilich ihre Geheimniskrämerei dadurch erleichtert worden, daß die Flüchtlingsaffäre am steinernen Vorhang der österreichisch-jugoslawischen Karawankengrenze im Schatten der größeren ungarischen Tragödie spielte.

Noch in den Jahren 1954 und 1955 hatten lediglich je 3000 Staatsbürger Jugoslawiens in Österreich Asyl gesucht. Nach der Ungarn-Revolution aber schwoll „unter dem Eindruck der Weltsorge für Kádárs Gegner“ — so Flüchtlingsreferent Dr. Willibald Liehr — auch im Süden Österreichs der Zuwandererstrom an. Kamen im Juni 1957 etwa 1500 Jugoslawen nach Österreich, so waren es im Juli bereits 2600 und im August fast 4000. Insgesamt meldeten sich 1957 genau 16 374 „Jugos“, wie die Flüchtlinge in dem unnachahmlichen Amtsdeutsch österreichischer Behörden heißen.

Als jedoch eine genauere Untersuchung ergab, daß unter 10 244 jugoslawischen Flüchtlingen nur 1132 politisch Verfolgte



Einheits-Apostel Lumumba, Anhänger: Die Autorität des Premiers reicht so weit wie seine Stimme

Der schwedische Uno-Kommandeur, General von Horn, der schon den Einmarsch seiner Truppen angekündigt hatte, mußte sich selber dementieren.

Diese Schweigetaktik gab Hammar-skjöld in der vergangenen Woche auf, als er zum erstenmal durchblicken ließ, wie er sich die Lösung des Katanga-Problems vorstellt. Bei einem Besuch in Brüssel gab er seinen Gastgebern zu verstehen, daß zwar die belgischen Truppen Katanga räumen müßten, ihnen jedoch nur — und zwar erst nach Konsultierung Tshombés — „technisches Uno-Personal“ folgen dürfe.

Mit diesem Manöver scheint Hammar-skjöld eine Brücke bauen zu wollen, auf der schließlich Lumumba und Tshombé einen Kompromiß über den zukünftigen Staatsaufbau der Kongo-Republik aushandeln könnten.

und Industriellen Harold L. Zellerbach kurz Zellerbach-Kommission genannt, die den Österreichern vorwirft, Flüchtlinge aus Jugoslawien ungewöhnlich grob zu behandeln.

Behauptet der Zellerbach-Bericht: „Die österreichische Regierung hat auf jeden Fall über 50 Prozent und vermutlich sogar über 60 Prozent der Flüchtlinge nach Jugoslawien zurückgeschickt.“

Tatsächlich unterrichtet die Übersetzung des Studienberichts der Zellerbach-Kommission, die seit Oktober 1957 mit Unterstützung des amerikanischen Kongresses Flüchtlingsfragen untersucht, die österreichische Öffentlichkeit zum erstenmal über die „Geheimaktion Jugo“, ein Unternehmen des Wiener Innenministeriums, das zwei Jahre lang erfolgreich kaschiert worden war.

waren, dagegen 59 ihren militärischen und 300 ihren ehelichen Pflichten hatten entgehen wollen, während die übrigen nur bessere Verdienstmöglichkeiten suchten, da ergriffen die österreichischen Behörden drastische Gegenmaßnahmen. In sofort einberufenen Sitzungen mit dem UN-Flüchtlings-Hochkommissar Dr. August Lindt suchte Österreichs damaliger Innenminister Oskar Helmer das weitere Schicksal der jugoslawischen „Wirtschafts-Flüchtlinge“ zu klären.

Unter Hinweis auf die 120 000 Ungarn-Flüchtlinge in Österreich erklärte Helmer, seine Regierung könne unmöglich auch noch für die Emigranten Titos aufkommen. „Die Jugos kosten uns täglich 80 000 Schilling, das sind im Monat 2,5 Millionen“, gab er sich mathematisch präzise. „Österreich muß verlangen, daß die freie Welt größere jugoslawi-